

# Prova B17\_SUP

## Laboratori di scienze e tecnologie meccaniche

### Domande a risposta aperta

**Quesito 1** - Spiegare agli alunni, con un metodo didattico appropriato, i vantaggi della modellazione CAD parametrica, fornendo un esempio di profilo con vincoli dimensionali e geometrici. Come disporre i banchi durante la lezione?

**Quesito 2** - La sicurezza è un argomento di grande attualità in tutti i campi. Si spieghi come realizzare un'analisi dei rischi in laboratorio e nei reparti di lavorazione della scuola.

**Quesito 3** - Descrivere ad una classe composta da 15 alunni, di cui due BES, le principali differenze tra i CAD di seconda generazione (modellazione Wireframe) e quelli di terza generazione (rappresentazione B-Rep - Boundary Representation).

**Quesito 4** - Nel disegno tecnico industriale, largamente utilizzato per la progettazione di pezzi di vario genere, sono di grande importanza le tolleranze dimensionali. Spiegare alla classe il significato della scrittura  $\varnothing 45H\ 8/g\ 7$ , chiarendo le differenze tra i sistemi albero-base e foro-base.

**Quesito 5** - Si analizzi la Termodinamica del ciclo Beau de Rochas, descrivendo una possibile lezione in laboratorio, sapendo che la classe è composta da 16 studenti di cui uno non italofono.

**Quesito 6** - Il D.M. 139/2007 individua otto competenze di cittadinanza che i giovani dovrebbero possedere al termine dell'obbligo: 1) Imparare a imparare; 2) Progettare; 3) Comunicare; 4) Collaborare e partecipare; 5) Agire in modo autonomo e responsabile; 6) Risolvere problemi; 7) Individuare collegamenti e relazioni; 8) Acquisire e interpretare un'informazione.

Tra queste otto competenze - certamente, trasversali e in relazione tra loro – almeno due "Progettare" e "risolvere problemi" possono essere ricondotte alla competenza chiave europea "Spirito di iniziativa e imprenditorialità" (Raccomandazione 2006/962/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 18 dicembre 2006).

Il candidato esponga le conoscenze, le abilità e le attitudini essenziali legate alla competenza chiave europea "Spirito di iniziativa e imprenditorialità".

### Domande a risposta multipla - DE

**Quesito 7 Domanda A** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa*

*Wer gehört dazu – und wer nicht?*

*von Helmut König 28.9.2016, 05:30 Uhr*

*Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»*

*Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der*

europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.

Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.

#### Sechs Länder im Vergleich

Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen. [...]

**Aus: <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>  
[24.02.2017]**

Weshalb ist die Frage der Staatsbürgerschaft in den europäischen Ländern wieder ein wichtiges Thema?

- a) Für die Menschen in Europa ist die nationale Zugehörigkeit wichtiger als das Gefühl, Europäerinnen und Europäer zu sein.
- b) Die europäischen Länder wollten ihre Identität in den vergangenen fünfzig Jahren besonders betonen.
- c) Innerhalb der europäischen Union gibt es immer noch große Unterschiede.
- d) Es gibt aktuell in Europa eine hohe Anzahl von Flüchtlingen und Migranten.

**Quesito 7 Domanda B** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa

Wer gehört dazu – und wer nicht?

von Helmut König 28.9.2016, 05:30 Uhr

Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»

Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.

Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die

*Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.*

#### *Sechs Länder im Vergleich*

*Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen. [...]*

**Aus: <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>  
[24.02.2017]**

Welche Politik hat die europäische Gemeinschaft in den vergangenen fünfzig Jahren vorangetrieben?

- a) Nach fünfzig Jahren der gegenseitigen Abschottung wird jetzt die Zusammenarbeit intensiviert.
- b) In den europäischen Ländern wurde vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit besonders gefördert.
- c) Die europäischen Länder haben sich gegenseitig geöffnet und ihre nationalen Eigenschaften zurückgefahren.
- d) Durch die Einführung der Zusammenarbeit im Bildungsbereich konnten die Menschen Europas die Unterschiede zwischen ihren Ländern besser kennenlernen.

**Quesito 7 Domanda C** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### *Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa*

*Wer gehört dazu – und wer nicht?*

*von Helmut König 28.9.2016, 05:30 Uhr*

*Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»*

*Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.*

*Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die*

*wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.*

*Sechs Länder im Vergleich*

*Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen. [...]*

**Aus: <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>  
[24.02.2017]**

Welche Bedeutung hat das Staatsbürgerschaftsrecht?

- a) Mit dem Staatsbürgerschaftsrecht regeln Nationalstaaten das Zusammenleben der in ihnen lebenden Menschen.
- b) Das Staatsbürgerschaftsrecht ist ein Recht neben vielen.
- c) Für Nationalstaaten ist das Staatsbürgerschaftsrecht nicht zentral.
- d) Nationalstaaten regeln mit dem Staatsbürgerschaftsrecht, wer dazu gehören darf und wer ausgeschlossen wird.

**Quesito 7 Domanda D** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa*

*Wer gehört dazu – und wer nicht?*

*von Helmut König 28.9.2016, 05:30 Uhr*

*Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»*

*Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.*

*Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.*

*Sechs Länder im Vergleich*

*Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen. [...]*

**Aus:** <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>  
**[24.02.2017]**

Welches Ziel verfolgt der Historiker und Jurist Gosewinkel mit seiner Studie über die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa?

- a) Gosewinkel untersucht die juristischen Unterschiede der europäischen Staaten.
- b) Für Gosewinkel geht es darum, die Nachteile der westeuropäischen Modelle aufzuzeigen.
- c) Für Gosewinkel ist das Staatsbürgerschaftsrecht in den einzelnen Staaten ein Gradmesser der Gesellschaftsentwicklung.
- d) Gosewinkel plädiert für eine gemeinsame europäische Staatsbürgerschaft.

**Quesito 7 Domanda E** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa  
Wer gehört dazu – und wer nicht?  
von Helmut König 28.9.2016, 05:30 Uhr*

*Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»  
Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.*

*Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.*

*Sechs Länder im Vergleich*

*Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass*

die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen. [...]

**Aus:** <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>  
[24.02.2017]

Welchen Vorteil bietet der Vergleich der Geschichte des Staatsbürgerschaftsrechts in Ländern aus Ost- und West-Europa?

- a) Mit der detaillierten Untersuchung verwischt der Verfasser die Unterschiede zwischen den Ländern in Ost- und West-Europa.
- b) Für die Leserinnen und Leser von Gosewinkels Untersuchung bleiben viele Fragen offen.
- c) Die gängige Behauptung der Divergenz wird vollumfänglich bestätigt.
- d) Die detaillierte Untersuchung erlaubt es, herrschende Vorstellungen auf ihre Gültigkeit zu überprüfen.

**Quesito 8 Domanda A** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### *Einbürgerung in Deutschland*

*Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.*

#### *Abstammungsprinzip*

*Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.*

#### *Geburtsortprinzip*

*Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.*

**Aus:** <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Unter welchen Umständen erwirbt man die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch?

- a) Man hat das Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn man als Kind ausländischer Eltern geboren wird und im Ausland lebt.
- b) Kinder von Nicht-EU-BürgerInnen müssen die deutsche Staatsbürgerschaft auf jeden Fall beantragen.
- c) Man erwirbt die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch, wenn man irgendwo in der Welt als Kind deutscher Eltern oder als Ausländer in Deutschland geboren wird.
- d) Ausländer, die in Deutschland geboren werden, haben kein Anrecht auf die deutsche Staatsbürgerschaft.

**Quesito 8 Domanda B** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### *Einbürgerung in Deutschland*

*Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.*

#### *Abstammungsprinzip*

*Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.*

#### *Geburtsortprinzip*

*Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.*

**Aus:** <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuerbung.html> [12.03.2017]

Welche Regel gilt, wenn ein Elternteil Deutsche/r und einer Ausländer/in ist?

- a) Kinder aus gemischten Ehen oder Partnerschaften werden automatisch Deutsche, egal, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht.

- b) Kinder aus gemischten Ehen oder Partnerschaften behalten in jedem Fall die Staatsbürgerschaft des Vaters.
- c) Für Kinder aus gemischten Ehen oder Partnerschaften gibt es keine Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten.
- d) Kinder aus gemischten Ehen oder Partnerschaften werden nur dann automatisch Deutsche, wenn ein Elternteil Deutsche/r ist und die Eltern verheiratet sind.

**Quesito 8 Domanda C** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### *Einbürgerung in Deutschland*

*Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.*

#### *Abstammungsprinzip*

*Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.*

#### *Geburtsortprinzip*

*Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.*

**Aus:** <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuergerung.html> [12.03.2017]

Wie Mutter und Vater bezüglich des Staatsbürgerschaftsrechts behandelt?

- a) Mutter und Vater werden bezüglich des Staatsbürgerschaftsrechts grundsätzlich gleich behandelt.
- b) Die Staatsbürgerschaft eines in Deutschland geborenen Kindes richtet sich nur nach der Staatsbürgerschaft des Vaters.
- c) Nur das Kind einer deutschen Mutter wird automatisch Deutsche/r, wenn die Eltern nicht verheiratet sind.
- d) Für den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft spielt es überhaupt keine Rolle, ob der Vater oder die Mutter Deutsche/r ist.



**Quesito 8 Domanda D** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### *Einbürgerung in Deutschland*

*Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.*

#### *Abstammungsprinzip*

*Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.*

#### *Geburtsortprinzip*

*Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.*

**Aus:** <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Das Geburtsortprinzip besagt, dass ...

- a) ... ein in Deutschland geborenes Kind automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhält.
- b) ... ein in Deutschland geborenes Kind von ausländischen Eltern nur deren Staatsbürgerschaft erhält.
- c) ... ein in Deutschland geborenes Kind neben der deutschen keine weitere Staatsbürgerschaft haben darf.
- d) ... ein in Deutschland geborenes Kind sich an seinem Geburtsort einbürgern lassen muss.

**Quesito 8 Domanda E** - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

#### *Einbürgerung in Deutschland*

*Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den*

*Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.*

#### *Abstammungsprinzip*

*Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.*

#### *Geburtsortprinzip*

*Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.*

**Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]**

Welche Grenzen gelten für die sog. Mehrstaatigkeit?

- a) Mindestens ein Elternteil muss seinen Lebensmittelpunkt zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit mindestens acht Jahren in Deutschland haben oder eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bzw. eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz besitzen.
- b) Mindestens ein Elternteil muss zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes in Deutschland leben und eine feste Arbeitsstelle haben.
- c) Mindestens ein Elternteil vor seit mindestens acht Jahren nach Deutschland gezogen sein und eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bzw. eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz besitzen.
- d) Mindestens ein Elternteil muss die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes oder der Schweiz besitzen.

### **Domande a risposta multipla - EN**

**Quesito 7 Domanda A** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect

towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmlt>

After the vote for Brexit, in England

- a) the citizenship education curriculum has been reconsidered and it will be focused narrowly around the nation state
- b) the teaching of such values as respect towards refugees has been removed from the current citizenship education curriculum
- c) the appropriateness of the present citizenship education programmes has been questioned
- d) many topics in the citizenship education curriculum have been abolished

**Quesito 7 Domanda B** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmit>

It is still meaningful for British young people to learn about

- a) the European Union only
- b) the area of Europe where they reside and the political bodies that administrate most of it
- c) the region of Europe where they live as well as the Commonwealth institutions
- d) the political institutions that govern some nations outside Europe

**Quesito 7 Domanda C** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmit>

Brexit will

- a) not change the heterogeneous composition of the British society
- b) easily eliminate discriminatory attitudes in the multi-cultural British society
- c) make the learning of such moral values as tolerance, understanding and respect pointless
- d) make an outward looking approach in education impossible

**Quesito 7 Domanda D** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmlt>

The writer explains that Brexit

- a) will change the meaning of being resident in the UK
- b) will partially alter the human rights of British citizens
- c) has not changed the meaning of being resident in the UK
- d) has made citizens of the UK forget their sense of belonging to England

**Quesito 7 Domanda E** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that

were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmlt>

Working together with other European citizens to deal with issues related to sustainable environment, shared regulations in employment and consumer rights

- a) will be forbidden
- b) will not be possible
- c) will be impossible
- d) will be different

**Quesito 8 Domanda A** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills,

values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris

Evaluation in GCE should not be confined to the use of

- a) the assessment of learning
- b) the assessment for learning
- c) the assessment for learning and the assessment as learning
- d) the evaluation of learning and the evaluation for learning

**Quesito 8 Domanda B** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills, values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United

Educators of GCE use

- a) a self-assessment method exclusively
- b) a combination of traditional assessment methods and of more speculative and methods based on results
- c) a combination resulting from the mixture of self-assessment and peer assessment approaches
- d) a wide-ranging assessment method

**Quesito 8 Domanda C** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills, values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris

The objective of assessment in GCE is to evaluate

- a) learners' efforts towards improvement
- b) both personal progress/inclusion and social consciousness
- c) progress in social integration but not in social consciousness
- d) progress in learning as well as in social awareness



**Quesito 8 Domanda D** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills, values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris

Assessment and evaluation of GCE learning outcomes should encompass

- a) teaching engagement, learners' individual skills and learning environment
- b) teaching engagement, learning procedures and learning environment
- c) practices and resources, but not learners' attitudes
- d) procedures, results and context-related factors

**Quesito 8 Domanda E** - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement

and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills, values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris

Universally shared criteria for monitoring GCE learning outcomes

- a) are not available at present but are going to be issued in the near future
- b) will be available soon even if educators all over the world now use globally agreed indicators
- c) are opposed by various stakeholders, together with education for sustainable development
- d) are being implemented as one of the targets of the 2015 education goals

## Domande a risposta multipla - ES

**Quesito 7 Domanda A** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...) Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García

Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? Di Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

Según el texto

- a) las sociedades democráticas, surgidas con los estados modernos, promueven los deberes y derechos mediante ciudadanos activos, informados y responsables
- b) la ciudadanía activa permite disfrutar de los derechos conquistados en las modernas sociedades democráticas
- c) la noción actual de ciudadanía —y de los deberes y derechos correspondientes— se vincula con la aparición de las naciones actuales
- d) los estados modernos ultiman el desarrollo de una ciudadanía activa, informada y responsable como principio de la cultura democrática

**Quesito 7 Domanda B** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...)

Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? Di Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

La definición de ciudadanía

- a) no cambia para adaptarse a la época histórica y a las condiciones socioeconómicas de las distintas realidades en las que se manifiesta
- b) es un término de naturaleza evidente, por lo tanto carece de significado y se están buscando nuevas definiciones

- c) no es preciso, puesto que responde a un modelo político vigente en un contexto específico, determinado por múltiples factores
- d) es definitiva y válida para la realidad concreta en la que surge y a la que da respuesta

**Quesito 7 Domanda C** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...) Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? Di Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

Según el texto

- a) la evolución del concepto de ciudadanía solo se debe a los cambios políticos que intervienen en la sociedad
- b) la formulación de nuevos modelos de ciudadanía tiene que basarse solo en el estudio de propuestas anteriores para no repetir los errores del pasado
- c) los defectos en las propuestas de ciudadanía se pueden obviar comparando e imitando modelos de otros países
- d) el concepto de ciudadanía está incesantemente en desarrollo, por lo tanto su definición es dinámica y tiene que renovarse en sus planteamientos

**Quesito 7 Domanda D** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta

válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...) Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? Di Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

#### La definición de ciudadanía

- a) se articula solo en la dimensión legal, es decir, «sentirse ciudadano», y en la dimensión opcional, es decir, « ser ciudadano»
- b) se vertebra en relación al hecho de considerarse parte de un estado o parte de una comunidad
- c) en su vertiente individual, se manifiesta en disfrutar plenamente de los derechos como miembro activo de la sociedad
- d) en su vertiente jurídica, se refiere a la faceta social del concepto, es decir, al hecho de actuar en una comunidad

**Quesito 7 Domanda E** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

#### Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...) Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación

De acuerdo con García Blanco y Diestro Fernández

- a) la dimensión individual se relaciona indirectamente con la vertiente psicológica del concepto de ciudadanía, por lo tanto es necesario realizar primero la dimensión jurídica
- b) uno de los elementos de la dimensión individual del concepto de ciudadanía es el desarrollo de una identidad personal y cultural
- c) la capacidad de actuar como miembro activo de la sociedad consiste en cumplir con los deberes dentro de la propia comunidad
- d) para «sentirse ciudadano» es necesario que se le reconozca a la persona la pertenencia a un estado

**Quesito 8 Domanda A** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis
- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

De acuerdo con Escudero (2009)

- a) los contenidos culturales vehiculados por los centros educativos solo otorgan a los alumnos las herramientas para entender su entorno socioeconómico
- b) el objetivo principal de los centros educativos es formar a personas responsables facilitando solo conocimientos culturales y algunas veces sociales
- c) los centros educativos tienen que, entre otras cosas, facilitar la incorporación de los alumnos en la sociedad a la que pertenecen
- d) la función primaria de los centros educativos es proporcionar a los alumnos las competencias disciplinares

necesarias para hacer frente a los retos de la vida adulta

**Quesito 8 Domanda B** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis
- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

Los centros educativos

- a) se centran en una EpC para formar a futuros ciudadanos con un currículum específico
- b) tienen que ofrecer pautas que permitan a los alumnos desenvolverse en cualquier circunstancia a largo de su vida
- c) adoptarán las directivas de la Comisión Europea de 2016
- d) intentarán formar a ciudadanos responsables que puedan contribuir activamente a mejorar la economía de su comunidad de pertenencia

**Quesito 8 Domanda C** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis

- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

En relación con la EpC

- la acción de los centros educativos se articula en varios ejes, entre los que cabe la enseñanza de elementos de cultura política
- los centros educativos realizarán actividades que promuevan la reflexión autónoma e individual por parte del alumnado
- los centros educativos proporcionarán conocimientos básicos sobre asociaciones políticas y sociales
- los centros educativos fomentarán el trabajo voluntario en la comunidad

**Quesito 8 Domanda D** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis
- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

Según el texto



- a) la formación a la ciudadanía es independiente de las demás asignaturas que se imparten en un centro educativo
- b) gracias a la adquisición de contenidos tanto humanísticos como científicos se puede conseguir la integración de la persona en la sociedad
- c) las disciplinas humanísticas resultan particularmente útiles a la hora de promover la cohesión social
- d) la transmisión de conocimientos culturales es suficiente para formar a ciudadanos responsables y bien integrados en la comunidad

**Quesito 8 Domanda E** - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis
- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

5. Según el texto

- a) en los contenidos curriculares de Secundaria priman las lenguas y culturas extranjeras
- b) comprender la cultura propia y las ajenas es el elemento primordial de la Educación Secundaria
- c) entre los objetivos del ciclo de Educación Secundaria destaca el de actuar en la sociedad de manera eficaz y consciente
- d) el conocimiento de otras lenguas permite que los alumnos se integren en la comunidad del grupo al que pertenecen

## Domande a risposta multipla - FR

**Quesito 7 Domanda A** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Nathalie Mons – avant-propos « Dossier de synthèse : l'éducation à la citoyenneté à l'école » (avril 2016)

Les attentats de 2015 en France ont troublé :

- a) L'enseignement de l'histoire dans les classes.
- b) L'adhésion de tous les Français aux valeurs de la citoyenneté.
- c) L'acceptation de tous les Français des valeurs nationales.
- d) La vision historique des valeurs nationales.

**Quesito 7 Domanda B** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Le 13 avril 2016, la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté

- a) a proposé un programme de cohésion nationale.
- b) a publié les travaux du CNESEO sur l'apprentissage de la citoyenneté après les attentats.
- c) a proposé des réflexions sur la citoyenneté à l'école.
- d) a analysé les difficultés dans l'enseignement de la citoyenneté après les attentats.

**Quesito 7 Domanda C** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Nathalie Mons – avant-propos « Dossier de synthèse : l'éducation à la citoyenneté à l'école » (avril 2016)

Un sondage BVA réalisé pour le CNESEO et la CASDEM révèle que :

- a) Plus de 80% des Français ancrent la citoyenneté dans le respect de la loi.
- b) Plus de 75% des interviewés ont une conception de la citoyenneté liée aux questions sociales.
- c) 75% des Français considèrent la citoyenneté liée à la défense du droit à l'éducation.
- d) 80% des interviewés ne sont pas d'accord avec l'idée classique de citoyenneté.

**Quesito 7 Domanda D** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français

répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Nathalie Mons – avant-propos « Dossier de synthèse : l'éducation à la citoyenneté à l'école » (avril 2016)

Le sondage BVA révèle également que, en ce qui concerne la construction des futurs citoyens :

- a) selon l'âge des sondés, l'idée de responsabilité des associations et des médias augmente ou diminue.
- b) la considération de l'instance parentale devance très largement la responsabilité de l'école.
- c) l'école participe à plus de 70 % à la construction des futurs citoyens.
- d) selon l'âge des sondés, la responsabilité accordée à l'école augmente ou diminue.

**Quesito 7 Domanda E** - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Nathalie Mons – avant-propos « Dossier de synthèse : l'éducation à la citoyenneté à l'école » (avril 2016)

Le sondage BVA montre un renouvellement :

- a) Dans le droit à la citoyenneté.
- b) Dans la vision de l'esprit civique.
- c) Dans le respect des lois.
- d) Dans la vision politique.

**Quesito 8 Domanda A** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritux) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

D'après les informations fournies par le texte, qu'est-ce qui motive l'engagement croissant des jeunes dans la politique?

- a) La passion des jeunes pour les idéologies politiques.
- b) La spécificité et la concrétisation des campagnes politiques.
- c) De nombreuses discussions sur les causes de la pauvreté.
- d) La connaissance des problématiques complexes de la vie citoyenne.

**Quesito 8 Domanda B** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils

avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritiques) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

Selon certaines études citées dans le texte, la nature de l'accroissement de l'engagement des jeunes pourrait être

- a) dépendante de leur niveau d'éducation.
- b) délimitée géographiquement.
- c) fortement encourageante pour l'avenir.
- d) passagère et instable.

**Quesito 8 Domanda C** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritiques) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

D'après le texte, les activités caritatives constituent-elles un moyen de développer la citoyenneté mondiale ?

- a) Non.
- b) On ne sait pas.
- c) Dans les pays occidentaux uniquement.
- d) Oui.

**Quesito 8 Domanda D** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritux) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

L'implication personnelle des jeunes par rapport au sujet de discussion concernant la citoyenneté

- a) favorise leur engagement.
- b) ne favorise pas leur engagement.
- c) empêche leur engagement.
- d) développe leur conscience vis-à-vis de la complexité de la question.

**Quesito 8 Domanda E** - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes

complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritux) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

Les sujets les plus fréquents dans ces discussions concernent

- a) la politique et la démocratie.
- b) la famille et les animaux.
- c) la sécurité et l'immigration.
- d) l'écologie et la pauvreté.